

WERTVORSTELLUNGEN DER VU

Die Grundwerte und das Menschenbild der VU sind geprägt von den Begriffen

FREIHEIT – NACHHALTIGKEIT – SOLIDARITÄT:

- Einer Staats- und Wirtschaftspolitik, die auf Freiheit gründet.
- Einer Umweltpolitik, die der Nachhaltigkeit verpflichtet ist.
- Einer Gesellschafts- und Sozialpolitik, die auf Solidarität beruht.

Die VU als staatstragende Partei im Fürstentum Liechtenstein basiert auf christlichen Grundwerten. Sie steht ein für eine erfolgreiche Zukunft zum Wohle der Bevölkerung und der Umwelt und stellt den Menschen in den Mittelpunkt.

Für die VU ist die Freiheit der Meinungsäußerung eines der höchsten Güter einer liberalen gesellschafts- und staatspolitischen Ordnung. Dies gilt sowohl ausserhalb als insbesondere auch innerhalb der VU. Andere Meinungen als die gerade von der Mehrheit der Partei vertretene sollen nicht nur geduldet, sondern zur Kenntnis genommen, geprüft und diskutiert werden. Die Respektierung der Meinung Andersdenkender ist ein wichtiges gesellschaftliches Gut, ohne das in einem so kleinen Land wie Liechtenstein ein Zusammenwirken aller staatstragenden Kräfte und damit eine gedeihliche Entwicklung des Landes in der Zukunft kaum denkbar erscheint.

Die VU steht dafür ein, dass Liechtenstein ein Rechtsstaat ist, in dem die Rechte des Einzelnen und der Umwelt geschützt und gesichert sind. Zwischen Demokratie und Monarchie muss ein ausgewogenes Verhältnis bestehen. Ein wichtiges Ziel der VU ist es, die Demokratie zu fördern und die Volksrechte zu stärken.

Für die VU ist die Erhaltung und der Ausbau eines demokratischen Rechtsstaates, in dem die Rechte des Einzelnen und der Umwelt geschützt und gesichert sind, unerlässlicher Bestandteil für eine erfolgreiche Zukunft Liechtensteins.

Ebenso steht die Politik der VU dafür, Grundlagen zu schaffen, welche den kommenden Generationen eine möglichst breite Entwicklungsmöglichkeit bietet.

Dazu müssen die knappen Ressourcen sorgfältig genutzt und eine weitsichtige Gesellschafts-, Bildungs-, Sozial-, Umwelt-, Finanz- und Wirtschaftspolitik zu den zentralen Elementen werden.

In einer Zeit des Umbruchs, in welcher auch das Fürstentum Liechtenstein grossen Veränderungen entgegenseht, braucht es klare Zielvorgaben, welche von den Menschen in Liechtenstein gemeinsam verfolgt werden. Diese Zielvorgaben sollen so gestaltet sein, dass für die Bevölkerung wie auch für die Wirtschaft eine möglichst grosse Freiheit mit optimalen Entfaltungsmöglichkeiten besteht. Diese Freiheit soll in der Wahl der Berufsausübung, des Bildungsweges, der Entfaltung der persönlichen Eigenschaften und der Lebensgestaltung, aber auch in einer modern-liberalen Marktwirtschaft und in einer liberalen Gesellschaftshaltung zum Ausdruck gebracht werden. Im Staat und in der Gesellschaft

spiegeln sich menschliche Wesensmerkmale. Ein zentrales Wesensmerkmal ist die menschliche Vielfalt. Lebensqualität und Vielfalt für die Bevölkerung sind daher vorrangiges Ziel der VU.

Für einen Staat ist es wie für eine Familie oder für ein Unternehmen notwendig, einerseits die Einnahmen zu optimieren, andererseits die Investitionen sozial gerecht und zielführend zu tätigen. Für die Einnahmen bedeutet dies nicht, diese zu Gunsten des Staates und zu Lasten der Bevölkerung durch höhere Steuern umzuverteilen, sondern die Gesamteinnahmen durch eine weitsichtige Wirtschafts- und Finanzpolitik für beide Seiten zu verbessern. Andererseits sollen Investitionen und Ausgaben gezielt dort erfolgen, wo diese den grössten Nutzen bringen und sozialen Frieden gewährleisten. Die VU steht für eine gesunde und ausgewogene Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

I. GRUNDSÄTZE ZUR GESELLSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Dem Wohlfahrtsstaat ist besonderes Augenmerk zu widmen. Im Vordergrund stehen Fragen der Chancengleichheit bezüglich der gesellschaftlichen Solidarität, z. B. im Hinblick auf gleiche Chancen von Frauen und Männern, die Lage der jungen Menschen, das Verhältnis zwischen den Generationen, den Zugang zur Ausbildung, zu medizinischer Betreuung, Arbeit, Integration. Zur Erneuerung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind bewährte und neue Wege der Zusammenarbeit und der Konfliktaustragung zu beschreiten. Toleranz muss als verbindendes Element gelebt werden. Formen des Engagements müssen wiederbelebt und erneuert werden: Nachbarschaftshilfe, Mediation, Partizipation und Ehrenamt.

1) Freiheit der Lebensgestaltung

Die VU setzt sich ein für Toleranz und freie Lebensgestaltung im gesellschaftlichen und religiösen Bereich. Toleranz ist die individuelle Bereitschaft, für die Würde eines jeden anderen Menschen einzutreten und wird dementsprechend zu einem zentralen Element der Lebensgestaltung. Mit der Freiheit in unserer Lebensgestaltung verbinden wir auch eine Pflicht, nämlich die Freiheit des anderen zu respektieren. Toleranz gegenüber dem Anderssein und dem Andersdenkenden ist ein notwendiger Bestandteil von Freiheit. Denn die Freiheit gründet auf dem gegenseitigen Respekt von Wertvorstellungen und Verhaltensweisen.

2) Nachhaltigkeit in der Sozialpolitik

Zahllose Wissenschaftler haben aufgezeigt, was passieren wird, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ihr Verhalten unverändert fortführen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet so zu leben, dass sich die Chancen der uns folgenden Generationen nicht verschlechtern. Wir – die jetzt lebende, aktive Generation – tragen die Verantwortung dafür. Zukunftsgestaltung ist der inhaltliche Kern von Politik und setzt eine gesellschaftliche Verständigung über gemeinsame Ziele voraus. Die wichtigsten Komponenten der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit sind Verteilungsgerechtigkeit (Altersversorgung, Arm/Reich), Dauerhaftigkeit

(sozialer Friede, Bildung), Integration (Anerkennung statt Ausgrenzung) und Partizipation (Mitsprache, Mitentscheidung).

3) Solidarität

Solidarität ist das Zusammengehörigkeitsgefühl von Gruppen und Individuen. Sie äussert sich in gegenseitiger Unterstützung und Hilfe und kommt in der Freiwilligenarbeit prominent zum Ausdruck. Solidarität ist eines der Grundprinzipien des menschlichen Zusammenlebens: Der Mensch ist kein Einzelgänger, sondern lebt seit Anbeginn seiner Evolution in Gruppen: Die gegenseitige Unterstützung in der Gruppe ist zu Beginn für das Überleben der Gruppe, später für die Wohlfahrt innerhalb der Gruppe entscheidend. Eine Sozialpolitik, die auf dem Prinzip der Solidarität gründet, hat jederzeit einem Balanceakt standzuhalten: Zwischen Freiheit und Eigenverantwortung einerseits, Sicherheit und Gemeinschaftsverantwortung andererseits. Zentrale Bedeutung kommt dabei der Erziehung zur Solidarität in Familie, Schule und anderen Gemeinschaften zu.

4) Gerechte Sozialsysteme

Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit hat eine zentrale Aufgabe in der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Um Ausgrenzung zu verhindern, müssen insbesondere Massnahmen in der Arbeitsmarkt-, Familien-, Bildungs- und Ausländerpolitik ergriffen werden. Die Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme nimmt dabei eine zentrale Rolle ein, da durch sie der soziale Zusammenhalt gestärkt und mehr soziale Gerechtigkeit geschaffen wird. Der Missbrauch sozialer Einrichtungen soll andererseits besser kontrolliert und bekämpft werden.

5) Gleichberechtigung der Geschlechter

Gleichstellungspolitik ist Gesellschafts- und Menschenrechtspolitik. Geschlechtsspezifische Diskriminierung ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte. Die Unterstützung der Gleichstellung ist als integrierter Prozess zu begreifen, bei dem sämtliche Massnahmen am Grundsatz der Gleichstellung der Geschlechter gemessen werden.

Gleichstellung trägt zur strukturellen Armutsminderung bei. Wirksam sind Interventionen jedoch nur, wenn sie auch auf eine strukturelle Korrektur des Umfelds hinwirken, d. h. auf die Herstellung nicht diskriminierender Rahmenbedingungen. Die Existenz entsprechender institutioneller Kontrollmechanismen ist eine wichtige Voraussetzung, um die Gleichberechtigung von Männern und Frauen nachhaltig zu etablieren.

6) Alter, Krankheit und Behinderung

In der Vergangenheit reagierte man auf Krankheit und Behinderung weitgehend mit einem sozialen Ausgleich durch Nächstenliebe und den Aufbau von Fachpflegediensten, die von der Gesellschaft getrennt waren. Der Schwerpunkt der Hilfe muss stärker auf der Feststellung und Beseitigung von Hindernissen liegen, die einer Gleichstellung und uneingeschränkter Teilhabe an allen Lebensaspekten im Wege stehen. Ziel der Krankenhilfe und Behindertenpolitik ist die Förderung der Selbstbestimmung und der Chancengleichheit von Menschen mit Krankheiten und Behinderungen. Die Teilhabe an Berufsausbildung,

Erwerbsarbeit und gesundheitlicher Rehabilitation soll im Mittelpunkt stehen. Herausragende Bedeutung kommt dabei Massnahmen im Bereich der Baubewilligungen zu (behinderten-gerechtes Bauen).

7) Integration

Die Integration von Nichtstaatsangehörigen ist eine Aufgabe, die Anforderungen einerseits an uns und andererseits aber auch an die eingewanderte Person oder Familie stellt. Eine zielgerichtete Integrationsstrategie, die unsere Aufgaben sowie die damit verbundenen Forderungen an die Einwanderungswilligen aufzeigt, ist der erste Schritt, der getan werden muss. Das Erlernen der deutschen Sprache und von Grundkenntnissen der liechtensteinischen Lebensart ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration.

Sozialpolitik stützt sich auf christliche europäische Werte ab. In der christlichen Soziallehre wird unter dem Gebot der Gerechtigkeit dazu angehalten, die gesellschaftlichen Verhältnisse immer so zu verändern, dass ein harmonisches Zusammenleben aller Gesellschaftsschichten möglich ist. Toleranz gegenüber dem Anderssein und Toleranz gegenüber dem Andersdenkenden ist für uns ein notwendiger Bestandteil von Freiheit. In Übereinstimmung mit der Achtung der Menschenrechte bedeutet praktizierte Toleranz weder das Tolerieren sozialen Unrechts noch die Aufgabe oder Schwächung der eigenen Überzeugungen.

8) Gesundheit

Grundprinzip der Gesundheitspolitik ist die solidarische Finanzierung des unkalkulierbaren Risikos von Krankheit und Unfall. Die Gesundheitspolitik steht vor beachtlichen Herausforderungen, vor allem auch infolge des demographischen Wandels und des medizinischen Fortschritts. Reformmassnahmen müssen sowohl auf die Qualität der gesundheitlichen Versorgung als auch auf die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung achten, wobei auch die Leistungserbringer in die Pflicht zu nehmen sind. Missbräuchliche Inanspruchnahme von subventionierten Leistungen muss stärker kontrolliert und durch entsprechende Systeme erkennbar werden. Die Eigenverantwortung und die Prävention müssen stärker gewichtet und Anreize geschaffen werden, dass subventionierte Leistungen nur bei wirklicher Notwendigkeit erfolgen.

Eine höhere Volksgesundheit, die zu fördern ist, führt zu einer geringeren Inanspruchnahme von Leistungen des Gesundheitswesens und stärkt so indirekt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Staates und der liechtensteinischen Einwohner.

9) Familie

Staat und Gesellschaft sind auf die Leistungen der Familie angewiesen. Gleichzeitig wird es schwieriger, diese Leistungen zu erbringen. Zu einer nachhaltigen Familienpolitik gehört die Schaffung von Bedingungen, die Frauen und Männer ermutigen, Familien zu gründen und die Chancen und die Herausforderungen lebenslanger Bindungen zum Wohle der Kinder zu ergreifen.

Familien schaffen die sozialen und personalen Grundvoraussetzungen für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Familien und vor allem Frauen in Familien erbringen den grössten Teil der Arbeit für Kinder und für zu betreuende Menschen. Weder der Staat noch der Markt sind in der Lage, die Leistungen der Familien zu ersetzen. Deshalb muss vorrangig auf eine bessere flexible Familiengestaltung durch Ermöglichung von Teilzeitarbeit und Entschädigungen für die Pflege von Familienmitgliedern bei Krankheit geachtet werden. Eine familienfreundliche Politik muss auf Mütter und auf Väter ausgerichtet sein, damit sie den Kindern dient.

10) Bildung

Bildung ist die wichtigste Form der Zukunftsvorsorge. Sie ermöglicht die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie ist der Schlüssel zum Arbeitsmarkt und die beste Prophylaxe gegen Arbeitslosigkeit. Grundprinzipien sind die Förderung von Leistung, Kreativität und Eigenverantwortung, die Sicherung von Chancengleichheit für alle und das Recht auf bestmögliche Bildung sowie die Gleichwertigkeit der nationalen Bildungsgänge. Die Durchlässigkeit der verschiedenen Schultypen ist zu verbessern, damit Leistungsfähigkeit und angemessene Unterstützung erfolgreich gefördert werden. Die angemessene Unterstützung und Ermutigung zum lebenslangen Lernen ist ein wichtiger Faktor bei der Bewältigung neuer gesellschaftspolitischer Herausforderungen. Gut ausgebildete Arbeitnehmer und Einwohner sind für einen Kleinstaat in einem integrierten Europa eine der wichtigsten Ressourcen.

11) Jugend und Zukunft

Ohne starke Jugend hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Eine nachhaltige Politik integriert die nachwachsende Generation und fördert deren Potenzial und Leistungswillen. Der Zugang zu allen sozialen und gesellschaftlichen Positionen muss ihr ohne Diskriminierung offen sein. Nur ein Nachwuchs, der angemessen auf die Anforderungen vorbereitet ist, welche Gesellschaft, Wirtschaft und Politik stellen, hat Vertrauen in sich selbst. Und nur ein Nachwuchs, der bereit ist, sich diesen Anforderungen zu stellen, schafft Zukunft.

12) Kultur und Sport

Kultur ist ein wichtiger Motor der Gesellschaft. Sie inspiriert und bewegt. Sie gibt Impulse für den Aufbruch und den Umbruch, sie lässt uns Neues besser verarbeiten und hinterfragen. Und sie hat viel mit Intuition zu tun. Für die wirtschaftliche Entwicklung ist sie ebenso wichtig wie für die Entfaltung der Menschen und die Identität der ganzen Region. Das Potenzial einer vielfältigen und selbstbewussten Kultur für Kreativität und Innovationsfreude in der Wirtschaft gilt es noch besser auszuschöpfen.

Sport in seinen vielfältigen Ausgestaltungsmöglichkeiten fördert die Persönlichkeitsentwicklung sowie die individuelle Fitness und somit die Volksgesundheit. Sport ist aber auch ein sympathischer und daher wichtiger Botschafter unseres Landes.

13) Erneuerung

Neue Schutzanliegen sind aufzugreifen und überkommene Regelungen auf ihre aktuelle Rechtfertigung zu überprüfen. Im Festhalten an überkommenen Ausprägungen des Sozialstaats besteht die Gefahr, dass die neuen Schutzanliegen nicht bewältigt werden können und damit die Akzeptanz des Gesamtsystems schwindet: Ohne Sozialreformen ist die Nachhaltigkeit des Gesamtsystems gefährdet.

II. GRUNDSÄTZE ZUR UMWELTPOLITIK

Umweltpolitik im Wandel

Eine verantwortungsvolle Umweltpolitik basiert auf natürlichem Wachstum. Sie hat immer wieder zu kontrollieren, dass das Wachstum beschränkt und gemäss qualitativen Grundsätzen erfolgt. Die Freiheit der Konsumgesellschaft muss an den Ressourcen gemessen werden. Masshalten und Bescheidung für kommende Generationen müssen ein elementares politisches Prinzip sein. Eine einsichtsvolle Selbstbeschränkung zu Gunsten von Umwelt, Gesundheit und Zukunft ist notwendig. Eine Ausbeutung der Ressourcen über Mass reduziert die Lebensqualität und gefährdet die Zukunftschancen. Kosten- und verursachergerechte Entschädigungen sorgen dafür, dass unternehmerische Gewinnmaximierung nicht zu Lasten der Umwelt und der Allgemeinheit gehen.

1) Verursacherprinzip und Kostenwahrheit

Grundsätzlich trägt derjenige die Kosten für den Abbau von Ressourcen und Verschmutzung der Umwelt, der sie verursacht. Erhebung und Verteilung von solchen Umweltabgaben müssen überwiegend einen Ursachen- und Wirkungsbezug haben und zweckgebunden sein. Eine umfassende Betrachtungsweise (Ursachen-forschung) ist unumgänglich.

2) Vorsorge

Im Sinne der Vorsorge sind umwelt- oder gesundheitspolitisch umstrittene, einschlägige oder riskante Projekte im Vorfeld ihrer Realisierung auf mögliche Risikofolgen abzuschätzen. Risiken und Nebenwirkungen müssen transparent aufgezeigt und, wo nötig, durch entsprechende Massnahmen ausgeschlossen werden (z. B. Mobilfunk/Gentechnik).

3) Wachstum nicht um jeden Preis

Unbeschränktes Wachstum führt zu unüberschaubaren Problemen. Das Wachstum der Bevölkerung darf nicht zu Lasten der Lebensgrundlagen erfolgen. Liechtenstein muss seinen ländlichen Charakter bewahren und dafür besorgt sein, dass die Umwelt intakt und für Tiere und Pflanzen Rückzugsmöglichkeiten erhalten bleiben. Dabei ist zu unterscheiden zwischen stark überbauten Gebieten, welche schon heute keine Vernetzung von Tierpopulationen mehr zulassen, und weitgehend intakten Flächen, welche als Korridore für die Tierwelt dienen. Diese Flächen sind zu erhalten und zu vernetzen. Aufgrund der Begrenztheit

natürlicher Ressourcen und der limitierten Tragfähigkeit von Ökosystemen sind Handlungsweisungen für die Nutzung natürlicher Ressourcen abzuleiten, welche einer masslosen wirtschaftlichen Entwicklung klare Grenzen setzen.

4) Lokale Produkte

Nachhaltigkeit kann durchaus auch als neues Ziel der Wirtschaftspolitik definiert werden. Besonders die Nutzung lokaler Produkte führt im Bewusstsein der Konsumenten zu einer Rückbesinnung auf die Stärke lokaler Märkte und Produkte. Dies führt direkt zu einer wesentlichen Entlastung unserer Umwelt (Transportproblematik, Verkehrsentslastung). Zudem ist damit oft noch eine höhere Qualität der Produkte (etwa mehr Frische, Schmackhaftigkeit) verbunden. Die Nahversorgung und die Lebensqualität sind direkt voneinander abhängig und in diesem Sinne verstehen wir Nachhaltigkeit.

5) Erneuerbare Energien

Nachhaltige Energiepolitik im 21. Jahrhundert steht vor vielfältigen Herausforderungen. Die europäischen Energiemärkte müssen integriert, steigende Importabhängigkeit bewältigt, Kernenergie umweltfreundlich ersetzt und ehrgeizige Klimaschutzziele erfüllt werden. Für die Energiepolitik gelten die klassischen energiepolitischen Ziele. Versorgungssicherheit: Hier geht es zum Beispiel um sparsamen Umgang mit Energieressourcen oder um die Stärkung einheimischer Energie und erneuerbare Energietechnologie. Wirtschaftlichkeit: Wettbewerbsfähige Energiepreise und Energieprodukte sichern Wachstum, Liechtenstein soll Standort für effiziente Energietechnologien werden und der Klimaschutz ist durch Ausbau erneuerbarer Energien zu intensivieren.

6) Regionales Mobilitätsmanagement

Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil von Lebensqualität. Bei der Erfüllung der Mobilitätsbedürfnisse treten jedoch im heutigen Verkehrssystem die bekannten Probleme wie Lärm, Umweltverschmutzung usw. auf. Die bisherigen Lösungsansätze beziehen sich eher auf einzelne Massnahmen. Die VU versteht regionales Mobilitätsmanagement als einen umfassenden Lösungsweg, mit dem gezeigt wird, wie einzelne Verkehrsmodule im regionalen Kontext so miteinander verbunden werden können, dass unter Aufrechterhaltung einer möglichst hohen Mobilität die ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden so gering wie möglich gehalten werden.

III. GRUNDSÄTZE ZUR FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

Eine modern-liberale Marktwirtschaft ist die Basis für ausreichende Einnahmen eines erfolgreichen Staats. Liechtenstein ist auf eine offene Gesellschaft, die auf Demokratie, Toleranz und modern-liberalem Wirtschaftsverständnis fusst, mehr denn je angewiesen. Eine offene Gesellschaft und der Aufbau eines demokratischen und erfolgreichen Staates sind vom zentralen Begriff der Freiheit nicht zu trennen. Grundsatz ist, dass der Staat die Selbständigkeit der einzelnen Einwohner stärkt und die individuelle Freiheit nur dort, wo nötig, einschränkt.

1) Grösstmögliche Freiheit des Einzelnen

Die Freiheit des Einzelnen findet dabei ihre Grenzen dort, wo sie die Freiheit der anderen in unzulässiger Weise begrenzt. Je grösser die Freiheit, desto grösser die Verantwortung. Die VU setzt auf mehr Eigenverantwortung und Mitverantwortung des Einzelnen als Rezept für weniger Staat. Erst die Eigenverantwortlichkeit ermöglicht die grösstmögliche Freiheit des Einzelnen. Der Staat und staatliche Organisationen greifen erst dort ein, wo das Leistungsvermögen der Einwohner bezüglich Eigen- und Mitverantwortung nicht mehr ausreicht. Nur dort überträgt die moderne Gesellschaft Verantwortung an den Staat.

Der Staat ist nicht allein für Sicherheit und Wohlergehen in allen Lebenslagen verantwortlich. Die Einwohner sind Mitgestalter von Staat und Gesellschaft. Je mehr Verantwortung dem Staat überbunden wird, desto mehr tendiert der Staat dazu, die individuellen Freiheiten und die Ausgestaltung des wirtschaftlichen Lebens durch immer neue Gesetze zu begrenzen und auszufüllen. Mehr staatliche Verantwortung bedeutet aber auch mehr Staatsausgaben. Mehr Staatsausgaben erfordern mehr Staatseinnahmen. Mehr Staatsabgaben schränken die finanziellen Möglichkeiten und folglich die Leistungsbereitschaft des Einzelnen ein.

Die VU vertraut auf den Willen und die Fähigkeit des Einzelnen, Entscheidungen zu fällen und verantwortungsbewusst zu handeln. Sie setzt auf mündige Einwohner und favorisiert staatliche Hilfe zur Selbsthilfe. Die VU will aber nicht nur den Markt der besten wirtschaftlichen Ergebnisse und ein angemessenes und soziales Niveau, sondern ebenso den Markt der Meinungen, der Ideen und der Lebensvielfalt in der Gesellschaft.

2) Nachhaltigkeit als Element der Freiheit

Freiheit ist auch das Recht jeder Generation, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Sie findet dort aber ihre Grenzen, wo die Freiheitschancen anderer und speziell auch der zukünftigen Generationen gefährdet werden. Eine Belastung der Freiheit der Nachgeborenen durch heute eingegangene Verbindlichkeiten und Verbrauch im finanziellen oder ökologischen Bereich muss daher vermieden werden. Freiheit ist daher auch Verantwortung für die Nachwelt.

Wir dürfen nicht auf Kosten zukünftiger Generationen leben. Alle Entscheidungen des Staates müssen daher auf ihre Zukunftsverträglichkeit überprüft werden. Freiheit heisst, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.

3) Veränderungen frühzeitig erkennen und darauf reagieren

Die Welt um Liechtenstein herum verändert sich schnell. Umwälzungen erfolgen in immer kürzeren zeitlichen Abständen. Was gestern noch undenkbar schien, ist heute Tatsache. Das grösste Risiko besteht darin, keine Veränderung zuzulassen. Die VU setzt der Zukunftsangst die Zuversicht entgegen, durch Wandel neue Möglichkeiten schaffen zu können, die unsere Zukunft sichern helfen. Sie setzt auf die Chancen des Fortschritts, gegen rückwärtsgewandte Nostalgie und Modernisierungsverweigerung. Sie setzt auf die Vielfalt der Chancen und Lebensstile gegen die verständliche Sehnsucht nach einer einfachen, überschaubaren, gesicherten Welt ohne Veränderung.

Veränderung findet in der Gesellschaft, im Alltag, überall statt. Sie erfasst unsere Kultur als Gesamtes. Sie ist Teil des geänderten Verhältnisses von Arbeit und Freizeit, von Familie, Beruf und Alter, von Bildung, Staat, Gesellschaft und Umwelt. Die Internationalisierung des Wissens und Wirtschaftens lässt nationale Grenzen hinter sich. Die Initiative für Veränderung muss vermehrt aus der Bevölkerung, aus der Gesellschaft kommen. Der Staat schafft die Rahmenbedingungen und das geistige Klima, um solche Veränderungen durch Initiative der Einwohner zu begünstigen.

4) Lebensqualität als Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaft und eine gute Zukunft Liechtensteins

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist einerseits Grundlage für die Schaffung höherer Lebensqualität zu Gunsten der Bevölkerung, andererseits ist aber auch die Lebensqualität ein entscheidender Faktor für eine erfolgreiche Wirtschaft. Eine erfolgreiche Wirtschaft fusst auf klugen, weitsichtigen und innovativen Arbeits- und Führungskräften. Solche qualifizierten Arbeitnehmer erwarten von ihrem Wohn- und Arbeitsort gute Lebensqualität für sich und ihre Familien. Dazu gehören eine intakte Umwelt, gute Ausbildungsmöglichkeiten, ein breites Sport- und Kulturangebot und nicht zuletzt ein entsprechendes Wohnungsangebot.

Liechtenstein mit seinen naturnahen Naherholungsgebieten und seinem hohen Lebensstandard hat gute Voraussetzungen zu bieten. Ein breites Angebot an allen erdenklichen Waren ist ebenso gegeben wie intakte Natur und breit diversifizierte Freizeitangebote. Dem Umweltschutz ist weiterhin grosse Aufmerksamkeit zu schenken.

5) Vernünftige Verkehrspolitik

Mit der Schaffung einer ansprechenden Infrastruktur gilt es, das Verkehrsproblem gemeinsam mit den Gemeinden endlich konkret anzupacken. Lange Arbeitswege mit unnötigen Staus verursachen nicht nur Abgase, sondern durch den Verlust von Arbeitszeit auch Kosten in enormer Höhe für die Wirtschaft. Verkehrswege müssen heute aber anderen Anforderungen gerecht werden: Sie müssen sich in die Natur einpassen und möglichst geringe Eingriffe darstellen. Wo immer möglich muss zusätzlicher Verkehr vermieden und Kostenwahrheit geschaffen werden. Unter Kostenwahrheit versteht die VU den Einbezug aller Kosten, auch derjenigen, die für die Natur und die Umwelt entstehen. Kreatives, aber ehrliches Mobilitätsmanagement wird eine zentrale Herausforderung für die Zukunft Liechtensteins sein. Hier sind Taten, nicht Worte gefordert.

Zur Wohnqualität gehören auch ein intaktes Ortsbild und attraktive Wohnquartiere. In enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden muss eine stetige Verbesserung angestrebt werden. Attraktive Wohnquartiere haben auch eigene Einkaufsmöglichkeiten mit einem breiten Warenangebot zu bieten, womit lange Einkaufswege vermieden werden. Mit möglichst unterirdischen Parkierungen in ausreichender Grösse wird verhindert, dass unnötige Leerfahrten im Quartier entstehen und private Abstellplätze in Mitleidenschaft gezogen werden.

6) Liechtenstein als verlässlicher Partner

Ein moderner Kleinstaat wie Liechtenstein fordert von seinen Nachbarn und der internationalen Staatengemeinschaft die Anerkennung seiner gleichberechtigten Existenz im Rahmen der Völkergemeinschaft. Kleinstaaten sind mehr als andere auf Chancengleichheit im vielstimmigen Konzert der Staaten angewiesen. Wir sind überzeugt, dass Liechtenstein einen berechtigten Anspruch darauf hat, als souveräner Staat ernst genommen zu werden, und wollen uns dafür einsetzen.

Zusätzlich zu den eigenen Bemühungen ist es wichtig, starke Partner an der Seite zu haben, die uns helfen, unsere Anliegen im internationalen Kontext zu erreichen und uns Gehör zu verschaffen. Dieser Partner ist für uns einerseits die Schweiz. Wir wollen diese Partnerschaft über den gemeinsamen Währungs- und Wirtschaftsraum und die in vielerlei Hinsicht gleich gelagerten Interessen bewusst pflegen. Ebenfalls von grosser Bedeutung ist für uns ein gutes Verhältnis zu unserem anderen Nachbarn Österreich. Zusammen mit der Schweiz und Österreich kann Liechtenstein Einfluss auf die Entwicklung im Alpenraum nehmen und hat damit gemeinsam mit seinen Nachbarstaaten eine wichtige Stimme.

Nebst der Verwurzelung im Wirtschafts- und Währungsraum Schweiz ist Liechtensteins Mitgliedschaft im EWR von grosser Bedeutung für die Wirtschaft unseres Landes. Wir müssen die Zukunft des EWR im Rahmen der EU-Erweiterung genau beobachten und deren Auswirkungen auf unsere Volks- und Privatwirtschaft flexibel beantworten. Eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union selbst ist für uns keine Alternative, denn sie würde zu einer unverhältnismässigen Überregulierung für den Kleinstaat Liechtenstein führen. Das wirtschaftliche Handeln muss aus liechtensteinischer Sicht in der Reihenfolge lokal – regional – global erfolgen.

7) Rolle des Staates – Intelligenter Staat – Subsidiaritätsprinzip

Das Finanzleitbild des Landes Liechtenstein in seiner heutigen Form legt den Rahmen für künftige Entwicklungen. Liechtenstein als Staat soll nur diejenigen Aufgaben erfüllen, die im öffentlichen Interesse liegen und von Privaten nicht angemessen erledigt werden können. Land und Gemeinden gewährleisten gemeinsam die Deckung des Grundbedarfs der Bevölkerung und der Wirtschaft durch die Verkehrserschliessung, die Raumordnung und die übrige Grundversorgung. Wesentliche Bereiche sind Gesundheit, Wasser und Energie.

Die Aufteilung der Staatsaufgaben zwischen dem Land Liechtenstein und den Gemeinden erfolgt nach dem Prinzip, wonach jede gesellschaftliche und staatliche Tätigkeit ihrem Wesen nach subsidiär, d. h. unterstützend und ersatzweise eintretend sei. Die höhere staatliche oder gesellschaftliche Einheit soll also nur dann helfend tätig werden und Funktionen der niederen Einheiten an sich ziehen, wenn deren Kräfte nicht ausreichen, diese Funktionen wahrzunehmen. Um das Subsidiaritätsprinzip umzusetzen, wird es nötig sein, die Kompetenzen zwischen Land und Gemeinden klarer zu definieren. Die zunehmende Vermischung von Zuständigkeiten verkompliziert Verfahrensabläufe und trägt nicht zu Transparenz bei.

Liechtenstein ist ein Kleinstaat. Seine grösste Stärke ist seine Wandlungsfähigkeit. Diese muss ausgebaut und mit einer proaktiven Beobachtung der Umwelt zu einem „Liechtenstein als lernenden intelligenten Staat“ ausgebaut werden. Wachstums- und Zukunftsfelder werden auf diese Weise frühzeitig erkannt und die notwendigen Massnahmen umgesetzt. Dieser Wettbewerbsvorsprung darf nicht durch ausufernde Gesetze und Verordnungen verspielt werden.

8) Keine Überreglementierung durch unnötige Gesetze und Verordnungen

Wir brauchen verständliche und umsetzungsorientierte Gesetze. Wir können auf verschiedene veraltete und nicht mehr relevante Gesetze und Verordnungen gänzlich verzichten oder verschiedene Normen zu einem zeitgemässen, übersichtlichen Ganzen zusammenfassen. Erlasse sind daher im Rahmen jeder Revision und – revisionsunabhängig – in den wirtschaftssensiblen Regelungsbereichen gründlich auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Ferner ist beim Erlass neuer Rechts Mass zu halten. Diese Erlasse sind auf ihre Wirtschaftsverträglichkeit zu prüfen.

Das bedeutet, dass schon vor der Vernehmlassung zu neuen Gesetzen vermehrt die grundsätzliche Frage der Notwendigkeit einer Regelung zu thematisieren ist. Viele Gesetze führen zu ewig langen Bewilligungsverfahren. Dies macht z. B. Bauvorhaben schwer kalkulierbar. Die Bauwilligen sollen nicht mehr zu verschiedenen Stellen gehen müssen, sondern an einem Ort alles erledigen können. Die Beschwerdeverfahren müssen gestrafft werden. Die VU spricht sich gegen eine „Anlassgesetzgebung“ aus. Regelmässig wird mit neuen Gesetzen lediglich überdeckt, dass der Vollzug der bisher schon vorhandenen Gesetze nicht stattgefunden hat. Daher sollte die Verwaltungspraxis der Behörden besser bekannt gemacht werden. Dies erspart Unsicherheiten und daraus resultierende Gesetzesfluten.

9) Finanzen und Steuern

Der Staat braucht Geld, um seinen Aufgaben nachzukommen. Die Einwohnerschaft verdient dieses Geld. Somit ist der Staat gehalten, sorgfältig mit diesem Geld umzugehen. Er soll damit die notwendige Infrastruktur aufbauen und sichern, die Legislative, Exekutive und Judikative finanzieren. Staatsaufgaben sollen aber nur soweit finanziert werden, als dies nicht auf Kosten der Reserven mit der Gefahr einer zukünftigen Staatsverschuldung erfolgt.

Die Standortevaluation durch internationale Unternehmen erfolgt zunehmend über weltweit vernetzte Treuhand- und Beratungsfirmen. Daher gilt es im Rating der massgebenden Institutionen eine gute Position zu erreichen und die Aufmerksamkeit für einen günstigen Steuerstandort Liechtenstein zu gewinnen. Steuerliches Standortmarketing ist daher vermehrt als eigenständige Aufgabe wahrzunehmen.

Das Steuersystem Liechtensteins ist im Grossen und Ganzen recht übersichtlich. Dennoch soll es laufend überprüft werden, wo es noch vereinfacht werden kann. Notwendigkeit, Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit der staatlichen Massnahmen sind bei allen Neuausgaben zu überprüfen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Entwicklung des

Aufwands in der laufenden Rechnung zu legen. Alle Bauvorhaben, Gesetze mit Ausgabenfolgen und andere Investitionen sind auf diese Kriterien zu überprüfen.

10) Effiziente, schlanke Verwaltung

Die VU steht für die Beibehaltung einer effizienten, schlanken Verwaltung, die als initiative Fachstelle der Regierung die Rat suchende Bevölkerung berät und unterstützt. Liechtenstein hat als kleines Land die Chance, kurze Entscheidungswege einzuhalten. Diesen Standortvorteil gegenüber grossen Staatsgebilden gilt es vermehrt zu nutzen und zu kommunizieren. Eine effiziente, schlanke Verwaltung ist die Grundlage für wenig Bürokratie und schnelles Handeln. Diesem Aspekt kommt im Staat eine tragende Rolle zu. In vielen Ländern gilt die Verwaltung als Verhinderungsbehörde und träge Maschinerie. In einer zunehmend komplexeren Welt mit immer mehr internationaler Verflechtung muss die Verwaltung in der Lage sein, ihre Agenden speditiv und mit grossem Fachwissen im Interesse der Bevölkerung und der Wirtschaft zu erledigen.

Die Verwaltung muss für neue Entwicklungen und initiative Unternehmer offen sein und diese fördern. Sie darf ihre Aufgabe nicht darin sehen, in der Prüfung der Zulässigkeit die Verhinderung von Neuem zu suchen, sondern soll Lösungen und mögliche Wege aufzeigen, wie Ideen umgesetzt werden können. Dabei ist es wichtig, dass die Verwaltung gut ausgebildet ist und einen engen Bezug zur Wirtschaft pflegt. Gutachten sollen die Ausnahme, nicht die Regel sein, weil neben den Kosten für Gutachten auch der damit verbundene Zeitverlust nicht unterschätzt werden darf. Neben der Entscheidungsfähigkeit braucht es auch die Entscheidungsfreudigkeit. Sie garantiert, dass Entscheidungen rasch und unbürokratisch getroffen werden. Dabei ist die Regierung gefordert, welche letztlich die Kontrolle über die Verwaltung ausübt. Allerdings setzt dies voraus, dass die Regierung selbst bereit ist, Entscheidungen rasch und unbürokratisch zu treffen.

11) Innovationen und Wachstum

Liechtenstein braucht ein angemessenes Mass an Wachstum. Dabei strebt es eine tragfähige Balance zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Interessen an. Die VU steht für eine vermehrte Innovationstätigkeit. Dabei geht es um eine Schwergewichtsverlagerung von den bisherigen zu neuen Produktions-, Absatz-, Organisations- und Finanzierungsstrukturen im Sinne einer Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen, der Erschliessung neuer Märkte und Marktsegmente und die Schaffung neuer, effizienter Organisations- und Finanzierungsformen. Aus Sicht der VU bietet dieser Weg die grössten Chancen für die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Abbau struktureller Probleme im hoch entwickelten Wirtschaftsstandort Liechtenstein. Arbeitslosigkeit ist nicht in erster Linie ein Verteilungsproblem, auch kein Kostenproblem, sondern ein Innovationsproblem. Grosse Arbeitslosigkeit entsteht immer dann, wenn nicht genügend innoviert wird.

12) Arbeitsmarkt

Die berufliche Qualifizierung wird noch stärker zum Schlüsselfaktor für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Neben qualifizierter Ausbildung und hoher dauernder Lernbereitschaft wird auch die „soziale Kompetenz“ und Persönlichkeitsentwicklung zu

einem zunehmend wichtigen Qualitätsfaktor. Die massiven Veränderungen am Arbeitsmarkt sind frühzeitig zu erkennen und zu antizipieren. Im Sinne einer modern-liberalen Marktwirtschaft unterstützen wir flexiblere Arbeitszeiten sowie Öffnungszeiten und fördern das Entstehen „neuer“ Formen von Erwerbsarbeit und Selbständigkeit am Arbeitsmarkt.